

Auf reges Interesse von Vertretern von Mietervereinen, alternativen Wohnprojekten, Wohnungsunternehmen, Sozialverbänden sowie Landes- und Kommunalpolitikern ist die Wohnungskonferenz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V. im Weimarer Jugend- und Kulturzentrum „mon ami“ am 22. Juni gestoßen.

Wohnen muss bezahlbar bleiben. Das betrifft vor allem die städtischen Zentren. Aber auch die ländlichen Regionen mit ihren wieder ganz anderen (vor allem Leerstands-)Problemen dürfen nicht vergessen werden. Diese beiden grundlegenden Probleme durchzogen eigentlich alle Diskussionsrunden. „Wenngleich das Themenspektrum unserer nunmehr schon 6. Wohnungspolitischen Jahrestagung, diesmal unter der Frage-

Wie und wo wir wohnen wollen

Weimarer Open-Space-Konferenz zur Wohnungspolitik

nannten Thüringer Impulsregionen, zu denen zwischen Erfurt und Jena auch Weimar gehört, „ein eklatanter Bedarf an preiswertem Wohnraum“ besteht, wurde mehrfach angesprochen und an Beispielen verdeutlicht. Auch in Thüringen greift der Neubau von hochpreisigem Wohnraum immer mehr um sich. Daher war man sich einig, dass die verantwortliche Bundes-

schaftseinrichtungen vor allem auch in Plattenbaugebieten erhalten.

Als sehr spannend erwies sich die besondere Form der Tagung als Open-Space-Konferenz. In Zusammenarbeit mit der TrainerInnen-Kooperative „Bildung in Bewegung“ (www.bildung-in-bewegung.coop) konnten neue methodische Wege ohne die übliche Referentenabfolge ausprobiert werden. So gelang im Sinne des offenen Raumes eine breite Beteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, kam man „anders als sonst“ miteinander ins Gespräch.



stellung 'Wohnen - Grundrecht oder Ware?', breit gefächert war und von der Stadtentwicklung bis zu den Kosten der energetischen Gebäudesanierung reichte, wurde immer wieder angesprochen, dass endlich wirklich wirksame soziale Wohnungsbauprogramme aufgelegt werden müssen“, betonte die Vorsitzende des Kommunalpolitischen Forums und Wohnungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Heidrun Sedlacik, eine wichtige Forderung aus der Konferenz. Dass besonders in den soge-

und Landespolitik endlich wach werden muss, dass wirksame Programme und entwicklungspolitische Initiativen dringend gebraucht werden, damit menschenwürdiges Wohnungen in einem lebenswertem Wohnumfeld in den Ballungszentren ebenso wie in den ländlichen Regionen Thüringens möglich ist. Stichworte aus den ausführlichen thematischen Diskussionen dazu: Soziale Durchmischung in den Wohngebieten; gute Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen; barrierefreie Wohnungen; Gemein-

Das hat (beabsichtigte) nachhaltige Folgen: Neue Netzwerke bilden sich und Verabredungen über mögliche weitere Schritte werden getroffen. Schließlich, die Zeit ist überreif, damit auch über bürgerdemokratisches Engagement soziale Wohnungspolitik wieder stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit gerückt wird. Denn auch wenn es nicht im Grundgesetz steht: Wohnen muss ein Grundrecht sein.

A. Rudolph

KURZ UND PRÄGNANT

Gute Initiative

„Aus Sicht der LINKEN wäre die Auflage eines Bund-Länder-Programms für den Studentenwohnheimbau ein echter Durchbruch“, so MdL Susanne Hennig zu der „guten Initiative“ des Deutschen Studentenwerks. „In Jena, Erfurt und Ilmenau wirkt sich die Knappheit an bezahlbarem Wohnraum für Studierende auf dem Wohnungsmarkt längst erheblich negativ aus und hat zu einem hohen Anstieg der Mietpreise geführt.“

Peinliche Koalition

„Mit der Nichtwahl der Koalitionskandidatin Silvia Liebaug als Bürgerbeauftragte haben sich SPD/CDU am 20. Juni im Landtag die größtmögliche Peinlichkeit geleistet“, so MdL Diana Skibbe. „Wer zwei Mal jemanden ins Rennen schickt, muss auch die Kraft haben, die Sache erfolgreich zu Ende zu bringen. Offensichtlich geht diese Koalition aus dem Leim. Und scheinbar fehlt dabei auch noch der Mut, das untereinander klar auszusprechen.“

Stärkeres Wirtschaftsrecht

Die Linksfraktion will die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen erweitern, so MdL Frank Kuschel. Der CDU-SPD-Gesetzesentwurf enthalte zwar „einige positive Punkte“, diese seien aber zu zaghaft formuliert und inhaltlich längst überholt. Die LINKE werde deshalb Änderungsanträge einbringen, um das kommunale Wirtschaftsrecht stärker zu modernisieren.

Pressemitteilungen der LINKE-Fraktion: <http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/>

NACHRICHTEN

Aufarbeitung

CDU und SPD haben mit dem am 21. Juni im Landtag beschlossenen „Aufarbeitungsbeauftragtengesetz“ die Behörde der Thüringer Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in „Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur“ umbenannt. Dazu MdL André Blechschmidt: „Die Aussagen aus der schriftlichen Anhörung sind eindeutig: Wer die Aufarbeitung der DDR-Geschichte voranbringen will, der muss entsprechende Lehrstühle an den Universitäten finanzieren, für einen stabilen Finanzsokkel der Aufarbeitungsinitiativen sorgen, die Zusammenarbeit im Geschichtsverbund unterstützen, sich um die Qualität bei den Grenzmuseen kümmern und darf nicht bei der Landeszentrale für politische Bildung kürzen. Geschichtliche Aufarbeitung ist Sache der Zivilgesellschaft, nicht einer staatlichen Behörde.“



Bei der Demo gegen hohe Kita-Gebühren in Erfurt am 12. Juni hatte MdL Matthias Bärwolff viel Beifall bekommen, als er auf Skandinavien verwies und betonte, dass der kostenlose Besuch einer Kindertagesstätte durchaus realistisch und auch eine Frage der Lebensqualität sei.

Kitas kostenfrei

„In Kindertagesstätten werden die Grundlagen für die weitere Bildungsbiographie der Kinder gelegt. Anstatt nur Wahlversprechen zu machen, sollten sich jetzt Landes- und Bundesregierung tatsächlich für kostenfreie Kitas einsetzen“, sagte Margit Jung und kündigte an, dass die LINKE noch vor der Sommerpause einen Antrag in den Landtag einbringt. „Bei der Finanzierung sehen wir den Bund bei der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse und der Sicherung gleicher Bildungschancen in der Pflicht und fordern eine Drittelfinanzierung von Bund, Ländern und Kommunen“, sagte die LINKE Familienpolitikerin. „Jedes Kind muss den gleichen Anspruch auf kostenfreie Bildung in Schule und Kita haben, unabhängig davon, welcher Schicht seine Eltern angehören und welches Bildungsniveau sie haben.“

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 10. bis 12. Juli statt.

Bürgerfest:

Der Thüringer Landtag lädt in diesem Jahr statt zu dem üblichen Tag der offenen Tür zu einem Bürgerfest ein. Dieses findet am Samstag, den 14. September, im und vor dem Landtag in Erfurt statt. Die LINKE hält ein vielfältiges Informationsangebot sowie ihr Fraktions-Café bereit.

Aktuelle Informationen am laufenden Band unter:
www.die-linke-thl.de